



Unser Baden-Württemberg Programm „Der Zukunft verpflichtet“

INHALT:

1	Vorwort	Seite 2
2	Asylflut stoppen	Seite 4
3	Rückkehr statt Bleiberecht	Seite 6
4	Sicherheit durch Recht und Ordnung	Seite 7
5	Familien schützen	Seite 9
6	Soziale Gerechtigkeit	Seite 10
7	Jugend braucht Zukunft	Seite 12
8	Bildung fürs Leben	Seite 13
9	Die Wirtschaft muß dem Volke dienen	Seite 16
10	Die raumorientierte Volkswirtschaft	Seite 18
11	Nachhaltig sparen	Seite 20
12	Ohne Bauer kein Brot	Seite 22
13	Naturschutz ist Heimatschutz	Seite 23

VORWORT

Die Landespolitik in Baden-Württemberg wurde bislang durchweg von den etablierten, „staatstragenden“ Parteien CDU, FDP, SPD und Grünen geprägt.

Dies macht sich besonders dadurch bemerkbar, daß es nur dann Druck von „Unten“ gibt, wenn die Gefahr droht, daß die Bürger ihre Geschicke selbst in die Hand nehmen. Ansonsten werden Vorgaben von „Oben“ meist abgenickt und durchgewunken. Der Verlust der kommunalen Selbstverwaltung, das Primat der „Wirtschaftlichkeit“, welches auf Bildungseinrichtungen wie Schulen und Kindergärten gelegt wurde und welchem der Bildungsauftrag und die Daseinsfürsorge weitgehend weichen mußten.

Das alles sind Dinge, die weitgehend akzeptiert worden sind. Überhaupt hat ein Geist in unseren Kommunen, also in unserer Heimat, Einzug gehalten, der sich nicht mehr mit dem eigentlichen Auftrag der Politik deckt. Der Gestaltungsauftrag ist purem Verwaltungshandeln gewichen. Der Erhalt von Heimat, Identität, gewachsenen Strukturen und der Bürgergemeinschaft eines ganzen Bundeslandes mußten einer blinden Ausrichtung auf das Ökonomische weichen oder Bedürfnissen der großen Unternehmen und den Träumereien linker Ideologen Platz machen.

Für uns Nationaldemokraten ist Landespolitik nicht die bloße Verwaltung von Gebühren und Beiträgen oder das blinde Gehen mit dem Zeitgeist. Im 21. Jahrhundert entscheidet sich das Sein oder Nichtsein unseres Volkes.

Die Nationaldemokratische Partei Deutschlands ist die soziale Heimatpartei der Deutschen. Sie bekennt sich zu einem lebensrichtigen Menschenbild und setzt sich deshalb konsequent für nationale Identität, Souveränität und Solidarität als Lebensgrundlagen unseres Volkes ein.

Deshalb erwarten Sie von der NPD nicht, daß wir im baden-württembergischen Landtag mit CDU, SPD, FDP und den Grünen im Chor das Lied vom Tod unserer Heimat spielen.

Die kommunalen Gebietskörperschaften sind die kleinste Organisationsform des Staates und somit die erste Ebene der sozialen Ordnung. Wir wollen für Sie Verantwortung übernehmen. Wir sind die Stimme des Volkes, die Stimme der noch schweigenden Mehrheit.

Verantwortung übernehmen heißt für uns, der maßlosen Überfremdung unseres Landes, dem wirtschaftlichen Streben kleiner Händler und Handwerker, der Ausdünnung ländlicher Räume, dem Ausverkauf kommunalen Tafelsilbers (z.B. Sporthallen, Bäder, Veranstaltungshallen) und dem weiteren Abbau von Infrastruktur weder zuzusehen, noch dies aktiv zu fördern. Wir werden gegensteuern!

Die Multi-Kulti-Parteien wollen mit allen Mitteln verhindern, daß wir Nationaldemokraten zum Wohle unseres Volkes im Landtag arbeiten können, damit sie weiter unkontrolliert unter sich bleiben.

Die Transparenz staatlichen Handelns wurde den Bürgern weitgehend entzogen. Einen Ein- und Überblick hat niemand mehr – das ist auch so von denen gewollt!

Wir wollen die Kontrollfunktion ausüben, die Ihnen verwehrt bleibt. Wir werden mit den Etablierten weder koalieren, kungeln oder Bündnisse schließen. Wir achten darauf, was mit unseren Steuergeldern passiert.

Die herrschenden Parteien wollen sich durch Überfremdung und Masseneinbürgerungen an der Macht halten. Im Gegensatz dazu strebt die NPD die Abwahl der hierfür verantwortlichen Politiker an. Der ethnischen Überfremdung Deutschlands durch Einwanderung ist genauso entschieden entgegenzutreten, wie der kulturellen Überfremdung durch Amerikanisierung und Islamisierung.

Die Mißstände haben sich verschärft. Viele Probleme sind nur dann zu lösen, wenn politisch die richtigen Weichenstellungen erfolgen.

Wir werden echte Veränderungen in unserem Land durchsetzen, denn die etablierten Politiker der CDU/FDP/SPD/Grünen-Einheitspartei haben schon viel zu lange am Volk vorbeiregiert!

Die Landesregierung hat sich an die Gesetze zu halten. Abgelehnte Asylforderer sind daher konsequent und unverzüglich abzuschieben!

**"Wir können nicht mehr Ausländer verdauen,
das gibt Mord und Totschlag."**

Helmut Schmidt auf einer DGB-Veranstaltung 1981

ASYLFLUT STOPPEN

Seitdem Angela Merkel, die „mächtigste Frau der Welt“ willkürlich geltendes Recht außer Kraft gesetzt und unser Land zu einem grenzenlosen Einwanderungsland erklärt hat, überfluten tagtäglich abertausende Asylforderer unser geliebtes „Ländle“.

Durch den Familiennachzug werden sich diese Zahlen in den nächsten Jahren mindestens versiebenfachen! Die Dämme sind gebrochen

Die Asylflut wird die baden-württembergischen Steuer- und Sozialbeitragszahler pro Jahr mit Kosten von mehreren Milliarden Euro belasten. Der Import religiöser und politischer Konflikte gefährdet die innere Sicherheit in unserem Land. Die nahezu täglichen gewalttätigen Ausschreitungen in Asylunterkünften zwischen den verschiedenen Volksgruppen geben einen beunruhigenden Vorgeschmack auf die importierten Gewaltkonflikte, die auch Baden-Württemberg zukünftig erschüttern werden.

Die fehlende Eignung der meisten Asylforderer für den deutschen Arbeitsmarkt, die massive Belastung der kommunalen Infrastruktur und die verheerenden Auswirkungen auf den ohnehin schon angespannten Wohnungsmarkt bringen weitere soziale Probleme mit sich.

Die aktuelle Massenzuwanderung ist von den bestimmenden Kreisen in Politik und Wirtschaft absichtsvoll herbeigeführt worden, verursacht Immigration doch immer einen starken Druck auf das hiesige Lohnniveau. Die aktuelle Asylflut soll somit der Aushebelung des Mindestlohns dienen. Immigration und globaler Kapitalismus sind zwei Seiten der gleichen Medaille und bewirken eine Ausweitung von Armutslöhnen.

Die Entscheidung, weite Teile der Asyl- und Ausländerpolitik in die Zuständigkeit der EU zu überführen, hat sich als falsch erwiesen. Die verantwortungsbewußte Haltung vor allem der Regierungen osteuropäischer EU-Staaten, hohe Zahlen kulturfremder Asylforderer nicht aufzunehmen, macht deutlich, daß die EU in der Frage des Massenzustroms an Fremden versagt hat und nur souveräne Nationalstaaten hier noch handlungsfähig sind.

Ungarn und andere Staaten gehen bei der Sicherung ihrer Grenzen mit gutem Beispiel voran, während die BRD-Regierung mit ihrer völlig falschen und verantwortungslosen „Willkommenskultur“ einen gefährlichen Sonderweg einschlägt.

Der zwanghafte Appell an die vermeintlich historische Verantwortung der Deutschen und der Verweis auf die daraus angeblich resultierende Pflicht zur Aufnahme von Asylforderern verkommen zu einem „Marketinginstrument“ zur Rechtfertigung der beispiellosen Asylflut.

Diese Politik ist die Fortsetzung bereits im Zweiten Weltkrieg ausgearbeiteter Pläne (Hooton-Plan, Kaufman-Plan u.a.), eine politisch verursachte, katastrophale demographische Entwicklung mit Massenzuwanderung einhergehen zu lassen.

Die Abschaffung unseres Landes wäre die letzte Konsequenz dieser gegen unser Volk gerichteten Politik.

Dafür setzen wir uns ein:

- Das einklagbare Grundrecht auf Asyl muß gestrichen werden!
- Konsequente Anwendung der Drittstaatenregelung im Asylrecht
- Abgelehnte Asylforderer unverzüglich und konsequent abschieben!
Wer betrügt – fliegt!
- Familiennachzug verhindern, da Zuflucht nur zeitweilig gewährt wird.
- Gewährleistung eines effektiven Schutzes der deutschen und europäischen Außengrenzen. Einsatz der Bundeswehr zur Verhinderung gewaltsamer illegaler Zuwanderung!
- Einführung einer Migrationsabgabe für Unternehmen, die nicht-europäische Ausländer beschäftigen – Verwendung der Mittel für Maßnahmen zur Bekämpfung der illegalen Zuwanderung, zur Umsetzung von Rückführungsprogrammen für ausreisepflichtige Ausländern, für regionale Programme zur Flüchtlingshilfe in den Herkunftsländern und zur Verbesserung der strategischen Außenwirtschaft.
- Vereinen, die an der Aushöhlung des Asylrechts mitwirken und/oder illegale Grenzübertritte unterstützen, muß die steuerrechtliche Gemeinnützigkeit aberkannt werden.
- Beschlagnahme der Kirchensteuereinnahmen für Bistümer und Landeskirchen, die illegal „Kirchen-Asyl“ gewähren, um sie an den Kosten der Abschiebung von abgelehnten Asylforderern zu beteiligen.

NPD: Wir schieben ab!

RÜCKKEHR STATT BLEIBERECHT

Ohne das Volk zu fragen wurden von Großkapital, Regierung und Gewerkschaften Millionen von Ausländern in unser Land eingeschleust. Durch massenhafte Einbürgerungen wird das deutsche Staatsbürgerrecht aufgeweicht und das Existenzrecht unseres Volkes in Frage gestellt. Um diese Fehlentwicklung zu stoppen, muß das ursprüngliche, auf dem Abstammungsprinzip fußende Staatsbürgerschaftsrecht wieder eingeführt werden. Die multikulturelle Gesellschaft ist gescheitert!

In zahlreichen baden-württembergischen Städten bilden sich Parallelgesellschaften und Ausländer-ghettos, in denen die deutsche Restbevölkerung zur Minderheit im eigenen Land wird und ein Nährboden für islamistische Terroristen entsteht.

Das Leben in diesen überfremdeten Wohnvierteln, in denen oftmals rechtsfreie Räume entstanden sind und Fremde zunehmend Machtansprüche stellen, ist für viele Deutsche unerträglich. Zwangsläufig stehen sich dort Deutsche und Angehörige fremder Völker feindselig gegenüber. Durch diese Entwicklung wird der innere Frieden nachhaltig gefährdet, bis hin zur akuten Terrorgefahr.

Die NPD fordert deswegen eine gesetzliche Regelung zur Rückführung eines Großteiles der hier lebenden Ausländer. Grundsatz unserer Ausländerpolitik ist: Rückkehr statt Bleiberecht!

Integration ist Völkermord

Ein grundlegender politischer Wandel muß die sowohl kostspielige als auch menschenfeindliche Integrationspolitik beenden und auf die Erhaltung unseres Volkes abzielen. Integration ist gleichbedeutend mit Völkermord.

Fremdreligiöse Bauten (z.B. Moscheen) werden abgelehnt! Eine besondere Gefahr für Identität und Kultur der Deutschen geht nicht grundsätzlich vom Islam als Religion aus, sondern von der Islamisierung unseres Landes.

Kulturelle und nationale Identität

Jedes Volk hat ein Recht auf Selbstbestimmung und Wahrung kultureller und nationaler Identität.

Angehörige anderer Völker, die in unserem Land in überschaubarer Zahl einen Arbeitsplatz auf Zeit innehaben, sollen ihre Identität wahren können. Dies erleichtert ihnen auch die Rückkehr in ihre Heimatländer.

SICHERHEIT DURCH RECHT UND ORDNUNG

Polizei- und Ordnungsrecht ist eine öffentliche Aufgabe. Diese Kompetenz nehmen die Verantwortlichen im baden-württembergischen Landtag oft zum Anlaß, um Stellen zu streichen, Sparmaßnahmen einzuleiten und Sicherheit zur Privatsache zu machen.

Die Kommunen und Kreise überläßt man sich selbst. Die verantwortungslose Spar- und Kürzungspolitik der Landesregierung zwingt Städte und Gemeinden, welche durch weniger Personal die öffentliche Sicherheit in Gefahr sehen, dazu, daß sie private Sicherheitskräfte beschäftigen müssen. Doch viele können und wollen sich solche Ordnungshüter nicht leisten. Wir Nationaldemokraten vertreten ebenfalls grundsätzlich den Standpunkt, daß die öffentliche Sicherheit und Ordnung nicht in die Hände Privater gelegt werden darf. Das Gewaltmonopol des Staates wird durch die NPD gewährt.

Baden-Württemberg befindet sich schon längst im Zustand eines Vorbürgerkriegs, der den Deutschen durch die Einführung einer „multikulturellen“ Gesellschaft aufgezwungen wurde. Deshalb wird unser Land nicht in aller Welt, sondern hauptsächlich in seinen Großstädten verteidigt.

Die Sicherheit aller Deutschen im Inneren ist durch eine effiziente Sicherheitskoordinierung zu gewährleisten. Dazu gehören in erster Linie die Beobachtung und Beseitigung sozialer und ethnischer Brennpunkte, insbesondere im Gefolge der „Multikulturalisierung“ der großstädtischen Ballungsräume.

Polizei und Behörden im Dienst von Recht und Gesetz

Die NPD steht für die innere Sicherheit durch Recht und Ordnung ein. Sie fordert die verstärkte öffentliche Präsenz einer bürgernahen Polizei, die sich als „Freund und Helfer“ der gesetzestreu den deutschen Bürger versteht. Wo sich mafiöse Strukturen – insbesondere im Bereich der Ausländerkriminalität – verfestigt haben, sind diese mit allem Nachdruck zu zerschlagen. Die hierfür erforderlichen technischen und personellen Mittel sind bereitzustellen.

Ein Unterlaufen amtlicher Meldevorschriften durch Ausländer ist konsequent zu ahnden und ein Ausweisungsgrund.

Datenschutz und informationelle Selbstbestimmung

Die NPD fordert die Freiheit und Wiederherstellung der Privatsphäre statt Rundum-Überwachung. Der Daten- und Informationsaustausch deutscher und ausländischer Sicherheitsbehörden und Geheimdienste zum Zweck der Kriminalitäts- und „Terror“-Bekämpfung muß auf ein erforderliches Mindestmaß reduziert werden – hochsensible Daten von Millionen Deutschen dürfen nicht dem routinemäßigen Zugriff ausländischer Behörden ausgesetzt sein. Der Staat ist in erster Linie dem Schutz- und Sicherheitsbedürfnis deutscher

Bürger und nicht dem Datenhunger internationaler Organisationen und fremder Staaten verpflichtet.

Grenzen der Freiheit

Die NPD fordert die unverzügliche Abschaffung des „Landesamtes für Verfassungsschutz“, das im Wesentlichen der Diffamierung unerwünschter politischer Konkurrenz dient. Solche Behörden haben in einem freiheitlichen Staatswesen nichts zu suchen. Zur Bekämpfung von Industriespionage und Kriminalität – auch politisch motivierter – sind Polizei und Justiz ausreichend.

Die Bekämpfung der Drogenkriminalität muß künftig hohe Priorität haben. Verstöße gegen das Betäubungsmittelgesetz sind konsequent zu ahnden. Kinderpornographie und pädophile Straftaten sind härter zu bestrafen. Die NPD befürwortet die Einführung einer deutschlandweiten, öffentlich einsehbaren Sexualstraftäter-Datei, sowie die gesetzliche Möglichkeit einer dauerhaften Sicherheitsverwahrung.

Deutsche Haftanstalten müssen wieder zu Strafvollzugsorganen des Rechtsstaates werden. Privatisierungen im Strafvollzug lehnt die NPD mit Nachdruck ab. Dafür setzt sie sich für die Wiedereinführung alternativer Strafvollzugsverfahren (z.B. Zuchthaus) ein.

Grundsätzlich wendet sich die NPD gegen den zunehmenden Mißbrauch unserer Polizei für politische Zwecke. Diese Zeiten sollten ein für allemal vorbei sein!

FAMILIEN SCHÜTZEN

Die kleinste Gemeinschaft innerhalb unseres Volkes ist die Familie. Auf ihr fußen Volk und Staat, weshalb der Familie auch die besondere Zuwendung und Fürsorge des Staates zuteil werden muß. Ihren natürlichen Ausdruck findet die Familie in der Ehe mit Kindern. Dies begründet den besonderen Schutz von Familie und Ehe. Kinder brauchen Mutter (Frau) und Vater (Mann) für eine gesunde Entwicklung, aber auch alleinerziehende deutsche Mütter und Väter verdienen staatliche Unterstützung.

Unsere deutsche Bevölkerung schrumpft zusehends infolge des dramatischen Geburtenrückgangs der vergangenen Jahrzehnte.

Familienpolitische Maßnahmen des Staates, wie das Kindergeld, das „Begrüßungsgeld“ für Neugeborene, das „Müttergehalt“, das „Landeserziehungsgeld“ und das von der NPD geforderte Familiendarlehen haben ausschließlich deutsche Familien zu fördern.

Baden-Württemberg hat für ein flächendeckendes, hochwertiges vorschulisches Erziehungs- und Betreuungsangebot Sorge zu tragen. Die erzieherische Verantwortung für Kinder liegt in erster Linie bei der Familie. Für das Kindeswohl ist es am besten, wenn die Betreuung in den ersten drei Lebensjahren hauptsächlich durch die Mutter erfolgt.

Die Leistung der Mutter ist entsprechend der in anderen Berufen erbrachten Arbeitsleistung zu würdigen. Sie hat ein Anrecht auf ein nach Anzahl und Alter der Kinder gestaffeltes, zeitlich begrenztes Müttergehalt. Mütter sollten nicht aus finanziellen Gründen gezwungen sein, zusätzlich zu arbeiten. Die Altersrente ist vom Gesetzgeber zu sichern.

Kinderlärm ist Zukunftsmusik!

In einem familien- und kinderfreundlichen Land bedarf es einer besonderen gesellschaftlichen Würdigung der Leistung kinderreicher Familien. Die Bewahrung unserer nationalen Identität und Sicherung unseres Heimatrechtes erfordert eine den Bestand des deutschen Volkes sichernde aktive Familien- und Bevölkerungspolitik. Auch auf Landesebene!

Für die NPD ist die Familie kein althergebrachtes Auslaufmodell, sondern die Keimzelle jeder Gemeinschaft und das erstrebenswerte Modell des Zusammenlebens.

Zu oft hat die Politik auch zugesehen, wie vor ihren Augen Kinder verwaarlosten und leiden. Die Jugendämter müssen endlich effizienter arbeiten und frühzeitiger mit rechtlich zulässigen Zwangsmaßnahmen arbeiten. Besonders die Kooperation der Jugendämter über Stadt- und Kreisgrenzen hinweg muß verbessert werden, damit für die Sicherheit und das Wohl unserer Kinder gearbeitet werden kann.

Die erforderliche Bereitstellung von Spielplätzen ist Ziel nationaler Familienpolitik.

SOZIALE GERECHTIGKEIT

Nationale Sozialpolitik verbindet soziale Gerechtigkeit mit wirtschaftlicher Vernunft. Sie wird die Geborgenheit des Einzelnen in der Gemeinschaft sichern und den Einsatz des Einzelnen für das Ganze befördern.

Die dramatische Entvölkerung ganzer Landstriche, die Überalterung unseres Landes, Rationalisierung und beschleunigte Globalisierung zerstören die Grundlagen der deutschen Sozialsysteme, da deren Finanzierung an die Erwerbsarbeit gekoppelt ist. Dieser Entwicklung ist durch familien- und arbeitsmarktpolitische Maßnahmen zu begegnen.

Das Solidarprinzip

Nationale Sozialpolitik ist dem ganzen Volk verpflichtet. Der mit der liberalkapitalistischen Wirtschaftsordnung einhergehenden sozialen Kälte stellen wir die Solidargemeinschaft aller Deutschen entgegen.

Die „soziale Schere“ zwischen Arm und Reich darf sich nicht so weit öffnen, daß Klassengegensätze verstärkt und die Volksgemeinschaft gesprengt wird. Ebenso wenig darf die soziale Stabilität der Solidargemeinschaft durch Überfremdung ausgehöhlt werden.

Ausgliederung der Ausländer aus dem Sozialversicherungswesen

Ausländer sind aus dem deutschen Sozialversicherungswesen auszugliedern und einer gesonderten Ausländersozialgesetzgebung zuzuordnen. In ihrer Ausgestaltung von Pflichten und Ansprüchen hat sie auch dem Rückführungsgedanken Rechnung zu tragen. Die Ausstattung eines Ausländersozialfonds ist durch die Fremden selbst und Unternehmen, die diese beschäftigen, zu finanzieren. Asylforderer haben keinen generellen Rechtsanspruch auf Sozialleistungen.

Mindestlohn

Die NPD setzt sich für die Einführung eines Mindestlohns ein, um allen Beschäftigten ein angemessenes Arbeitsentgelt zu sichern. Mit Blick auf die Arbeitgeber setzt dies eventuell solange befristete Lohnkostenzuschüsse für den mittelständischen Niedriglohnbereich voraus, bis eine nationale Struktur- und Schutzpolitik den internationalen Verdrängungswettbewerb eingedämmt und eine nachfrageorientierte Wirtschaftspolitik die notwendige Ertragskraft nachhaltig gestärkt hat. Nationale Sozialpolitik bedeutet soziale Gerechtigkeit für Arbeitnehmer wie Arbeitgeber.

Arbeitsmarktreform

Durch die sogenannte Arbeitsmarktreform sind keine vollwertigen Arbeitsplätze entstanden. Stattdessen wurde lediglich der Druck auf Arbeitssuchende erhöht, Arbeit im Niedriglohnsektor (z.B. Leih- und Zeitarbeit) anzunehmen.

Immer mehr vollwertige Arbeitsplätze werden durch geringfügige Beschäftigungsverhältnisse ersetzt, wodurch der Niedriglohnsektor eine Ausweitung erfährt. Die NPD spricht sich für eine Arbeitsmarktreform aus, die eine beitragsgerechte Arbeitslosenhilfe anstelle eines Sozial-Almosens oder eines beschäftigungslosen Grundeinkommens garantiert.

Sozialversicherungssystem in staatlicher Hand

Privatisierungen im Bereich der sozialen Sicherungssysteme lehnt die NPD entschieden ab. Stattdessen ist ein staatlich organisiertes Sozialversicherungsmodell zu schaffen, an dem sich alle Deutschen, gleich welchen Einkommens, beteiligen.

Soziale Einschnitte, die auf Bund oder die bevormundende EU zurückzuführen sind, können durch eine abhängige Landesregierung nicht verhindert, wohl aber gelindert werden. Deshalb muß in den Kommunen mit Unterstützung des Landes das Recht auf einen Sozialpaß (Ausweis, der Bedürftige berechtigt, öffentliche Dienstleistungen wie Nahverkehr, Eintritte in Museen oder Freizeiteinrichtungen u.a. vergünstigt zu nutzen) verankert werden.

Die NPD als entschiedener Gegner der Hartz-Gesetze will verhindern, daß Leistungsempfänger zu 1-Euro-Sklaven gemacht werden. Vielmehr befürworten wir das Modell „Bürgerarbeit“, wodurch sich die Betroffenen durch die damit verbundene Sozialversicherungspflicht neue Ansprüche erarbeiten. Auch aus Sicht kleiner Unternehmen und besonders der Handwerker können die 1-Euro-Jobs nur schädlich sein, weil darüber oftmals Arbeiten ausgeführt werden, die örtliche Unternehmen auch tätigen können.

Die NPD vertritt den Standpunkt, daß das Heim- und Pflegewesen Aufgabe der öffentlichen Hand ist.

Zur Sozialpolitik gehört auch, daß in unserem Land die öffentliche Daseinsfürsorge flächendeckend gewährleistet ist. Hierzu gehört für uns Nationaldemokraten insbesondere das Vorhandensein von Ärzten und eine Anbindung an den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV), auch im ländlichen Raum.

JUGEND BRAUCHT ZUKUNFT

Junge Menschen brauchen Freiräume und diese sind zu gewährleisten. Sparmaßnahmen dürfen nicht jene treffen, die ohnehin aufgrund fehlender Freizeitangebote verunsichert und perspektivlos sind. Die NPD fordert deshalb, daß ausreichend Angebote und Initiativen, wie Jugendfeste (Turniere, Wettbewerbe, Talentveranstaltungen in Eigenregie), Ausflüge und regionale Mitbestimmung mit finanzieller Hilfe durch die Landesregierung gefördert und ausgebaut werden. Wichtig ist in diesem Zusammenhang auch, daß durch das Land darauf hingearbeitet wird, daß Jugendarbeiter nicht mehr länger für mehrere Jugendeinrichtungen zuständig sind, sondern sich intensiv um ein Gebiet kümmern können. Die Öffnungszeiten der Jugendinstitutionen sind auszubauen. Viel zu oft sitzen unsere Jugendlichen trotz Vorhandensein von Jugendeinrichtungen auf der Straße, weil diese zu früh schließen oder nicht an allen Tagen geöffnet haben. Gegen das Volk oder den Staat gerichtete linksautonome Gewaltkultur ist zu unterbinden!

Die NPD setzt sich für eine aktivere Einbindung junger Menschen in das Geschehen vor Ort ein. Der Politikverdrossenheit und der gefühlten Ohnmacht, wonach man ohnehin nirgends eingreifen und etwas verändern könne, kann und muß durch die Bildung von Jugendparlamenten und Jugendbeiräten mit den notwendigen Kompetenzen begegnet werden. In diesen können die Jugendlichen ihre Sorgen und Nöte artikulieren und diese unmittelbar mit den kommunalpolitischen Verantwortlichen umsetzen.

Die NPD lehnt Ausländerbeiräte und multikulturelle Steuergeldverschwendungsprogramme wie „Vielfalt tut gut“, usw. ab.

Nach Auffassung der NPD müssen wir in den Kommunen beginnen, die Öffentlichkeit, Eltern und Jugendliche für dieses Problem zu sensibilisieren. In den baden-württembergischen Großstädten existiert zwar (noch) keine so offene Drogenszene wie beispielsweise in Frankfurt am Main, doch auch hier grassieren harte Drogen in großem Umfang.

Die NPD setzt sich dafür ein, daß die Prioritäten vom sogenannten „Kampf gegen Rechts“ auf die Bekämpfung von Drogenkonsum und ausländischer Jugendkriminalität verlagert werden.

Wir Nationaldemokraten bieten der deutschen Jugend eine Perspektive, die „Heimat und Zukunft“ heißt. Eine Stimme für die NPD ist eine Stimme für unsere Jugend!

**„Die Jugend ist in der
Liebe zu Volk und Heimat,
zu sittlicher und politischer
Verantwortlichkeit zu erziehen.“**

Auszug: Artikel 12, Landesverfassung Baden-Württemberg

BILDUNG FÜRS LEBEN

Nach dem Zweiten Weltkrieg ist Baden-Württemberg nach Flucht und Vertreibung eine neue Heimat für Millionen Deutscher geworden, die das „Ländle“ mit aufgebaut und geprägt haben.

Wir Nationaldemokraten wollen im Bereich der Bildungspolitik und der Jugendarbeit die Heimatbindung in den Mittelpunkt rücken. Heimat darf nicht mehr länger eine Worthülse sein, sondern muß mit Sinn und Leben erfüllt werden.

Jahrzehntelange Reformen auf der Basis des Dogmas der angeblichen Gleichheit aller Menschen haben die Leistungsfähigkeit unseres Schul- und Hochschulwesens untergraben. Hinter diesen ideologiesteuerten Reformen steht die wirklichkeitsferne Vorstellung, durch ausgeklügelte Programme eine neue Gesellschaft mit Menschen angeblich gleicher Fähigkeiten und Leistungen zu schaffen. Im Ergebnis sehen wir einen Leistungsverfall, der durch die weiter zunehmende Überfremdung noch verstärkt wird.

Bekanntnis zum mehrgliedrigen Schulsystem

Die staatlichen Schulen müssen auch in Zukunft ausbildungs- und hochschulqualifizierende Regelschulen bleiben und dürfen im Vergleich zu Privatschulen nicht zu unterfinanzierten Verwahranstalten verkommen.

Im Anschluß an eine gemeinsame Grundschulzeit sind die Schüler entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit in einem mehrgliedrigen Schulsystem zu unterrichten. Es ist sicherzustellen, daß über die Wahl der Schulart das Leistungsvermögen der Schüler entscheidet.

Das Bestehen eines qualifizierten Sprachtests als Bestandteil der Einschulungsuntersuchung ist Voraussetzung für den Schulbesuch.

Trennung von Deutschen und nicht integrationswilligen Ausländern

Die NPD lehnt die gemeinsame Unterrichtung deutscher und nicht integrationsfähiger ausländischer Schüler ab, weil diese mit ihren meist nur mangelhaften Deutschkenntnissen das Unterrichtsniveau absenken und die Sprach- und Lesefähigkeit auch der deutschen Schüler beeinträchtigen.

Hochschulwesen

Wir Nationaldemokraten halten am Humboldtschen Ideal einer klassischen Hochschulbildung fest, die in der deutschen Geistestradiation wurzelt. Es ist Aufgabe der Politik, auch die Hochqualifizierten durch Berufsperspektiven zu ermutigen, ihre Fähigkeiten hierzulande und nicht im Ausland zu entfalten.

Sprache und ihre Dialekte

Die deutsche Sprache muß einschließlich ihrer Dialekte vor Primitivierung und Anglisierung geschützt werden. Deutsch muß seinen ersten Rang als Wissenschafts- und Wirtschaftssprache zurückerhalten. Die NPD hält die sogenannte Rechtschreibreform für gescheitert und befürwortet die bewährte Rechtschreibung. Die Berücksichtigung landsmannschaftlicher Eigenheiten ist zu gewährleisten.

Kostenloses Vorschuljahr

Jedem einheimischen Kind muß spätestens ein Jahr vor Schulbeginn ein kostenloser Kindergartenplatz zur Verfügung gestellt werden.

Schulnetz erhalten, Islamunterricht stoppen!

Schulschließungen stoppen! Die Schulentwicklungspläne sind unter Berücksichtigung der Erfordernisse vor allem des ländlichen Raums zu ändern und anzupassen. Besonders kleinere Schulstandorte sollen einer gezielten Förderung unterliegen, um die Schaffung von riesigen Schulzentren als reine „Lern- und Verwahranstalten“ zu verhindern!

Erhaltung wohnortnaher Schulen! Ein flächendeckendes Schulnetz, auch im ländlichen Raum, trägt durch mehr Freizeit zu größeren außerschulischen Entwicklungsmöglichkeiten unserer Kinder bei und wirkt dem Trend, hin zu Ganztagschulen entgegen.

Schluß mit dem Millionenprojekt „Islamunterricht“ in Baden-Württemberg! Die Pläne der Landtagsparteien zielen auf die dauerhafte Akzeptanz des Korans in unserem Land hin. Dafür zahlt der baden-württembergische Steuerzahler Jahr für Jahr Millionen Euro zusätzlich. Imame werden in Rottenburg (Neckar) ausgebildet, während immer mehr Unterrichtsstunden in den Fächern Deutsch, Mathematik und Sport ausfallen!

Eine Anpassung des Schulwesens, sowie der Inhalte des Unterrichts an die „Bedürfnisse“ von bildungsfernen, überwiegend aus dem islamischen Kulturkreis stammenden Kindern, lehnen wir Nationaldemokraten jedoch strikt ab!

Die oft diskutierte Deutschpflicht an öffentlichen Schulen dient nur der Beruhigung unserer Bevölkerung und ist eine Alibimaßnahme, welche auf die oberflächlichen Symptome einer verausländerten Gesellschaft zielt, nicht aber auf die Ursachen.

Unser Land muß in erster Linie dafür Sorge tragen, daß diejenigen Schüler, die lernbereit und ehrgeizig sind, nicht durch immer neue „Integrationsmaßnahmen“ für Ausländer auf der Strecke bleiben.

Die derzeit praktizierte Konzentration der Politik auf sogenannte Migrantenkinder, die durch das Schulleben mitgezogen werden sollen, ist nicht im Sinne einer ordentlichen Vorbereitung unserer Kinder auf das Leben nach der Schule, weshalb Lehrpläne grundsätzlich eingehalten werden müssen.

Eine Quotenregelung, wonach Schulabbrecher und Schüler ohne Schulabschluß bei der Vergabe von Ausbildungsplätzen bevorzugt werden sollen, ist abzulehnen!

Zum Wohl beider Seiten lehnt die NPD die Inklusion von Sonderschülern in Regelschulen ab. Auch der Bildungsplan der grün-roten Landesregierung wird von der NPD entschieden abgelehnt!

Um den Schulbetrieb nicht zu beeinträchtigen, dürfen schulische Gebäude nicht zweckentfremdet werden (z.B. Unterkünfte für Asylforderer).

DIE WIRTSCHAFT MUSS DEM VOLKE DIENEN

Die Wirtschaft ist kein Selbstzweck, sondern dienender Teil des Ganzen. Das Land muß daher der Wirtschaft einen ordnungspolitischen Rahmen setzen. Eine weitreichende wirtschaftliche Unabhängigkeit ist als wirtschaftspolitisches Ziel zu definieren.

Zweck des Wirtschaftens ist die Bedarfsdeckung des Volkes und die Schaffung von Werten. Aufgabe ist die gerechte Verteilung des Wohlstandes, sowie der Erhalt und die Schaffung von Arbeitsplätzen.

Der Staat hat jedem Deutschen zu ermöglichen, durch Arbeit seinen und den Lebensunterhalt seiner Familie aus eigener Kraft bestreiten zu können. Männer und Frauen sind bei gleicher Leistung gleich zu entlohnen.

Das sozialverpflichtete Unternehmertum

Die NPD bekennt sich zu einem freien, aber sozial verpflichteten Unternehmertum als Eckpfeiler einer solidarischen Wirtschaftsordnung.

Die heimischen kleinen und mittelständischen Unternehmen sind vor der Marktmacht der global agierenden Großkonzerne zu schützen.

Die solidarische Wirtschaftsordnung

Entgegen der Vorstellung vom „freien Spiel der Kräfte“ eines vom Staat losgelösten Marktes spricht sich die NPD für die aktive Gestaltung einer solidarischen Wirtschaftsordnung aus.

Dem Machtmißbrauch durch privatwirtschaftliche Monopole ist mit einem wirkungsvollen Kartellrecht zu begegnen. Die infrastrukturelle Grundversorgung und Daseinsvorsorge (z. B. Bahn, Post, Energie, Wasser) gehört in die öffentliche Hand.

Produktionsstätten- und Dienstleistungsverlagerungen ins Ausland und die Vergabe von Lohnarbeit in sogenannte Billiglohnländer bzw. jegliche Lohndrückerei durch Fremdarbeiter sind zu unterbinden.

Mitbeteiligung der Arbeitnehmer am Produktivvermögen

Arbeitnehmer sind am Produktivvermögen zu beteiligen. Was Automatisierung, Rationalisierung und Profitstreben an Arbeit und Lohnentwicklung nehmen, muß durch Mitbeteiligung am Unternehmen wiedergegeben werden.

Keine Spekulationspolitik

Die Dominanz der Finanzmärkte über die Volkswirtschaft und der Vorrang der Spekulation vor der Produktion sind zu unterbinden. Dafür ist u.a. ein Verbot von „Hedge-Fonds“ (sog.

Heuschrecken), hypothekenbesicherten Verbriefungen, der Gründung außerbilanzieller Zweckgesellschaften, „Leerverkäufen“ und des Einsatzes von Derivaten notwendig.

Förderung des Mittelstandes

Es gilt, die überwiegend mittelständische Struktur unserer baden-württembergischen Volkswirtschaft zu stärken. Der Mittelstand, nicht die Konzerne, ist der eigentliche Arbeitsplatzmotor.

Ausufernde Bürokratie ist abzubauen. Das Kredit- und öffentliche Auftragswesen sind mittelstandsfreundlich zu gestalten.

So sichern und schaffen wir Arbeitsplätze in Baden-Württemberg.

DIE RAUMORIENTIERTE VOLKSWIRTSCHAFT

Die NPD lehnt die durch den globalen Freihandel systematisch hervorgerufene weltweite Konkurrenzsituation entschieden ab und stellt ihr als Alternativentwurf die raumorientierte Volkswirtschaft entgegen.

Unsere Wirtschaft, einschließlich der in Baden-Württemberg tätigen ausländischen Unternehmen, hat dem Volk, seiner materiellen Sicherung und seiner geistig-kulturellen Entwicklung zu dienen. Soziale und ökonomische Belange sollen mit den Bedingungen von Land, Volk und Ökologie in Übereinstimmung gebracht werden. Die Wirtschaft darf unsere Umwelt nicht zerstören und unser Volk nicht entfremden. Eigentum an heimischem Grund und Boden kann nur von Deutschen erworben werden.

Zerstörerische Folgen der Globalisierung

Die Globalisierung der Wirtschaft beruht auf dem überholten und falschen Ziel der maximalen Ausbeutung der Erde durch Schaffung von wirtschaftlichen Monokulturen. Die NPD lehnt die Globalisierung unserer Wirtschaft auch deshalb ab, weil diese in weiten Teilen unmittelbar zu Massenerwerbslosigkeit und zum Niedergang ganzer Wirtschaftszweige führt. Ein Technologieraub durch die Übernahme von Unternehmen mittels ausländischen Kapitals ist zu verhindern.

Binnenwirtschaft und regionale Wirtschaftskreisläufe

Die NPD fordert eine am heimischen Lebensraum und am Bedarf der Menschen orientierte, vielseitige und ausgewogene soziale Volkswirtschaft, die ihren Schwerpunkt nicht in der einseitigen Exportorientierung, sondern in der Stärkung der baden-württembergischen Binnenwirtschaft sieht.

Innerhalb der raumorientierten Volkswirtschaft werden regionale Wirtschaftskreisläufe gefördert, um Beschäftigung und Kaufkraft im Land zu sichern. Die grundlegenden Bedürfnisse sollen in den heimat- und lebensnahen Wirtschaftsräumen abgedeckt werden, damit diese ihre vielfältige Lebensart und Arbeitskultur wie auch ihre ökologische Integrität erhalten und entwickeln können.

Durch das wirtschaftspolitische Streben nach regionalen Wirtschaftskreisläufen und dezentralen Strukturen ist die dauerhafte Funktionsfähigkeit der Heimatmärkte sicherzustellen, um die Marktkräfte zum allgemeinen Wohl zur Wirkung kommen zu lassen.

Stärkung der Kommunen

Kommunen sind in erster Linie für die weichen Standortfaktoren, wie beispielsweise Kultur- und Freizeitangebote, Kinderbetreuungen und Bildungseinrichtungen, verantwortlich. Diese Faktoren können maßgeblich bei der Entscheidung eines Unternehmens für einen neuen Standort sein. Deshalb setzen wir uns dafür ein, daß im Rahmen eines regelmäßigen

kommunalen Vergleichs das Vorhandensein und die Qualität dieser Faktoren geprüft werden. Das Ergebnis soll zur Mängelbeseitigung herangezogen werden.

Ein weiteres Kriterium ist die Verwaltungsarbeit einer Kommune. Vielmals werden hier durch unnötige Bürokratie und lange Entscheidungswege Unternehmensansiedlungen und Expansionen be- oder verhindert. Wir setzen uns daher dafür ein, daß alle Kommunen eine Art „Gütesiegel“ als Auszeichnung für eine wirtschaftsfreundliche Verwaltung erwerben und damit ihre Verwaltung mittelstandsorientiert gestalten können.

Eine Kommune darf kein Opfer von Spekulationen, Umweltfreveln und Steuersparmodellen werden. Wir machen uns dafür stark, und erwarten dies auch von den kommunalen Delegierten bei Städte- und Landkreistagen, daß das Gewerbesteuerrecht reformiert wird, um Konzernen und Filialisten ihre Schlupflöcher zu nehmen.

Anstatt immer mehr Filialen großer Handelsketten anzusiedeln, die einen Verdrängungswettbewerb entfachen, bei dem zuallererst die kleinen einheimischen Händler zugrunde gehen, setzen wir auf Händler und Hersteller, die aufgrund ihrer regionalen Verwurzelung auch direkt Verantwortung übernehmen. Gesunde Lebensmittel durch kurze Lieferwege, mehr Gewerbesteuern durch heimische Firmen, ein Geben und Nehmen in der Heimatregion, die vorrangige Ausschöpfung regionaler Ressourcen und die Verringerung des Lieferverkehrs werden die positive Folge der baden-württembergischen regionalen Wirtschaftspolitik sein.

Eckpunkte der raumorientierten Volkswirtschaft

- Existenz einer lokalen, regionalen und nationalen politischen Kontrolle der Wirtschaft durch konsequente Durchsetzung des Subsidiaritätsprinzips.
- Orientierung auf die spezifischen Bedürfnisse der Gemeinschaft und der Kommune,
- Konzentration auf lokale menschliche und erneuerbare Ressourcen.
- Flexible Arbeitsmöglichkeiten und fließende Arbeitszeiten.
- Vorrang einer vielfältig durchstrukturierten Volkswirtschaft mit einer Vielzahl an Branchen und Produktionsmöglichkeiten, statt auf den Weltmarkt ausgerichteter industrieller Monokulturen.
- Reichhaltig differenziertes Angebot an Branchen und Dienstleistungen, um Wirtschaftsfaluten bei einzelnen Produkten umgehen oder zumindest abschwächen zu können.
- Rückbildung der internationalen Finanzflüsse an die realwirtschaftlichen Ziele einer „nachhaltigen Entwicklung“.
- Importe durch in der jeweiligen Region erzeugte Produkte und bereitgestellte Dienstleistungen ersetzen.
- Förderung von kleinen und mittleren Unternehmen, die in jedem Staat die hauptsächliche ökonomische Grundlage für Beschäftigung, Ausbildung und Steuereinnahmen bilden.
- Primat einer dezentralisierten Wirtschaftspolitik und Industrialisierung, um die überproportional wachsenden sozialen und wirtschaftlichen Kosten der Verstädterung (Ent- und Versorgung, Umwelt, Verkehrs- und Energieprobleme, Rechtsschutz, Kriminalität usw.) zu senken.
- Unbedingter Erhalt raumorientierter Finanzierungssysteme wie Landesbanken, Sparkassen und Genossenschaftsbanken.

NACHHALTIG SPAREN

Die Bilanz der Multi-Kulti-Parteien wird mit jährlich höheren roten Zahlen belegt. Ein entlastender Effekt der „etablierten Spar- und Umverteilungspolitik“ ist bis heute ausgeblieben. Sinn und Zweck ist aber, durch Nachhaltigkeit für die Bürger optimale Lebensbedingungen zu ermöglichen.

Niedrige Steuern sind deshalb Voraussetzung für eine blühende Wirtschaft und daher sollten die Kommunen in hohem Maß eigenständig handeln können. Entschlackung und Bürokratieabbau tragen ebenso erheblich zu effektiveren kommunalen Leistungen bei.

Rechtsvorschriften sind auf Wirtschaftsverträglichkeit und Folgekosten zu prüfen und die Bemessungsgrundlagen zu vereinheitlichen!

Wir Nationaldemokraten treten für einen konsolidierten, schuldentilgenden Haushalt ein und befürworten transparente Prüfungsausschüsse! Die finanzielle Handlungsfähigkeit ist durch wachsende Schulden nicht mehr gegeben. Die Sanierung des Landeshaushalts auf Kosten unserer Lebensmittelpunkte wird strikt abgelehnt.

Die NPD tritt für die Schaffung handlungsfähiger, solider und damit auch strukturell gestärkter Kommunen ein. Die Versorgungssicherheit der kommunalen Dienstleistungen muß gewährleistet und preislich auf die regionale Situation zugeschnitten sein. In Anbetracht der oft künstlich geschaffenen Kosten kommunaler Unternehmen sprechen wir uns für die Übernahme durch Zukauf von Anteilen oder von Gründungen eigener Unternehmen aus.

Wir stehen für eine kommunale Finanzpolitik, die nicht nach dem Motto „Nach uns die Sintflut“ agiert. Das bedeutet konkret, daß von Kommune zu Kommune ein Maßnahmenbündel geschnürt wird, das langfristig Einnahmen generieren und Ausgaben mindern soll. Hierzu gehört beispielsweise die Belegung regionaler Wirtschaftskreisläufe, die langfristig ein höheres Gewerbesteueraufkommen ermöglichen und Arbeitsplätze schaffen und wiederum Sozialkosten senken. Auch eine Verwaltungsmodernisierung ist im Sinne der NPD, wobei hier die Losung gilt: „Nicht zuviel Staat, aber auch nicht zu wenig“.

Uns Nationaldemokraten geht es um Kosteneinsparungen, Verwaltungsoptimierung und nicht um Privatisierung und Auslagerung („Outsourcing“).

Wir treten dafür ein, daß in allen Kommunen ein sogenannter Bürgerhaushalt eingeführt wird, damit die Bürger in die Entscheidungsfindung und die dazugehörigen Prozesse einbezogen werden können.

Die NPD setzt sich für die Streichung sämtlicher Landesmittel für „Integrationsmaßnahmen“ ein. Die von den herrschenden Landtagsparteien verschwendeten Millionen Euro für Sprachförderung, Islamunterricht und alle als „interkulturelle Projekte“ bezeichneten, sinnlosen Haushaltsposten, sind sofort zu streichen!

„Rückkehrberatungen und -förderungen für ausreisewillige Ausländer“ sind reine Alibiprozesse, die fast ausschließlich von ohnehin rückreisepflichtigen Ausländern (z.B. abgelehnte Asylforderer) genutzt werden und die wichtige Zielgruppe der von Sozialhilfe und Hartz-IV alimentierten Ausländer klar verfehlen.

Die NPD ist für die sofortige Streichung sämtlicher Gelder für „Kontingentflüchtlinge“, Asylforderer und sonstiger, aus öffentlichen Kassen alimentierter Ausländer in Baden-Württemberg!

OHNE BAUER KEIN BROT

Im Rahmen nationaldemokratischer Grundvorstellungen nimmt der ländliche Raum die zentrale Rolle innerhalb der Siedlungs- und Raumstruktur Baden-Württembergs ein. Deshalb fordert die NPD, den ländlichen Raum und die darin befindlichen Gemeinden in einem eigenständigen Entwicklungsplan „Ländlicher Raum“ zu erfassen. Eine Leuchtturmpolitik ausschließlich zugunsten der Großstädte lehnen wir ab!

- Die NPD richtet sich gegen die Zersiedlungstendenzen in vielen Dörfern und Gemeinden, die teilweise zum Zusammenwachsen vorher eigenständiger Ortschaften führen. Sowohl Gewerbegebiete als auch Wohnsiedlungen müssen im Rahmen bestehender Siedlungsgrenzen ausgewiesen werden!
- Wir lehnen eine ungezügelter Ausweisung von Flächen für neue Eigenheimsiedlungen auf der „Grünen Wiese“ ab, da derartige „Neubausiedlungen“ oftmals mit einer sozialen Entmischung bestehender Dorfstrukturen einhergehen. In diesen „neuen Dörfern“ siedeln vor allem sozial höher gestellte „Städter“ ohne Bezug zum Dorfleben, was wiederum in den Städten zu einer Ausdünnung dieser Schichten führt. Deswegen sind vorrangig bestehende, aber leerstehende Gebäude und Gehöfte zur Wohnnutzung auszuweisen!
- Zur Wiederbelebung bäuerlicher Strukturen sind für junge Menschen Anreize zu schaffen, den Hof ihrer Eltern fortzuführen und weiter zu bewirtschaften. Ähnlich wie im Bereich der Unternehmensnachfolge gewerblicher Betriebe, sind auch im landwirtschaftlichen und kleinbäuerlichen Bereich Lösungen zu finden, die jungen Menschen ein Leben auf dem Lande und der heimischen Landwirtschaft den Fortbestand ermöglichen.
- Die NPD setzt sich für die Ausweisung von Wohn-Gewerbe-Mischgebieten anstatt reiner Wohngebiete in den Flächennutzungsplänen der Dörfer und Gemeinden ein. Auch in bisherigen reinen Wohngebieten soll es erlaubt sein, kleine, nicht-störende landwirtschaftliche sowie handwerkliche Betriebsstrukturen aufzubauen, um so einerseits die Bindung der Bevölkerung an die heimische Scholle wieder zu beleben und andererseits auch in bereits gebauten neuen Eigenheimsiedlungen die Entwicklung hin zu einer gesunden Mischung aus Wohnen und Arbeiten zu ermöglichen, wie sie traditionell auf dem Land zu finden ist.
- In größeren Dörfern ist die Wiedereinrichtung von Dorfläden zur Grundversorgung mit Lebensmitteln und Sachen des täglichen Bedarfs zu unterstützen. Diese können einerseits zur Schaffung von Absatzmärkten regionaler Produkte beitragen als auch der Förderung verlorengegangener Gemeinschaftsstrukturen zu neuem Aufbau verhelfen, da Dorfläden oftmals auch einem örtlichen Treffpunkt und einem Dorfmittelpunkt gleichkommen. In kleineren Dörfern kann bei Bedarf ebenfalls die Einrichtung von Dorfläden unterstützt werden, in jedem Fall jedoch ist der Ausbau eines mobilen Warenangebotes anzustreben und zu fördern. Auf die Förderung eines großflächigen Einzelhandels ist zugunsten der genannten kleinräumigen Strukturen weitgehend zu verzichten.
- Zum Aufbau eines Netzes an kleinräumigen Einzelhandelsstrukturen in Form von Dorfläden, sind Anschubfinanzierungen für die Händler zu gewährleisten. Aufgrund der immer älter werdenden Bevölkerung und der damit verbundenen Abnahme von Mobilität sollten sich wohnortnahe Grundversorgungseinrichtungen schon bald auch nach ökonomischen Gesichtspunkten rentieren.

NATURSCHUTZ IST HEIMATSCHUTZ

Baden-Württembergs Landschaften sind Kulturlandschaften. Deshalb kann Umweltschutz grundsätzlich nicht getrennt von der kulturellen Entwicklung gesehen werden.

Der Mensch ist Teil der Natur. Deshalb ist Natur nicht einfach nur „Umwelt“ des Menschen. Der Materialismus der letzten Jahrzehnte hat die Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen in unverantwortlicher Weise vorangetrieben.

Eine verfehlte Wirtschaftspolitik ließ Ökonomie und Ökologie in einen unnötigen Gegensatz geraten. Etablierte Parteien und wirtschaftliche Interessengruppen tragen die Verantwortung für radikale Landschaftsveränderungen, überzogene Industrieprojekte und eine falsche Förderpolitik zuungunsten ländlicher Räume.

Die baden-württembergische Landwirtschaft muß den Stellenwert eines zentralen Wirtschaftszweigs bekommen. Dabei gilt es, mit landwirtschaftlichen Produkten weitestgehend nationale Selbstversorgung anzustreben. Bei der Produktion sind bestmögliche ökologische Herstellungsbedingungen zu beachten. Importierte Produkte müssen den gleichen Richtlinien entsprechen. Der Staat hat regionale Vermarktung und Preisentwicklung im Sinne einer das Einkommen und die Existenzgrundlagen der Landwirte sichernden Entwicklung zu beachten. Der bürokratische Ablauf hat auf das Notwendige beschränkt zu werden. Die Landwirtschaft ist standortgebunden und trägt somit wesentlich zu Pflege und Erhalt der Kulturlandschaft in Baden-Württemberg bei. Unser Bauernstand ist von enormer wirtschaftlicher und auch kultureller Bedeutung und verdient daher den Schutz des Staates.

Verbot gentechnisch veränderter Waren

Lebensmittel dürfen nur gentechnikfrei hergestellt und angeboten werden. Als Kulturnation lehnen wir aus ethischen Gründen die Erteilung von Patenten auf menschliches, tierisches und pflanzliches Erbgut ab.

Tier- und Pflanzenschutz

Zum Schutz der Natur zählen auch der Schutz des Tieres und der Erhalt der Artenvielfalt in der Tier- und Pflanzenwelt. Aufgrund der großen Bedrohung der Nutzpflanzenvielfalt durch Saatgutkonzerne und Gentechnikfirmen fordert die NPD die Möglichkeit ungehinderten Anbaus und Vermarktung heimischer Kulturpflanzen und deren Saatguts.

Tiere sind keine Wegwerfware, sondern Lebewesen mit Empfindungen. Deshalb sind Tierversuche nur bei äußerster Notwendigkeit, für medizinische Zwecke, in begrenzter Zahl zu gestatten. Die industrielle Massentierhaltung ist abzulehnen. Die bäuerliche Landwirtschaft ist verstärkt zu fördern.

Der Forschungsdrang der Wissenschaft hat dort seine Grenzen, wo die Tierquälerei beginnt.

Tierquälerei – wie beispielsweise das kulturfremde Schächten – ist ein Verbrechen und strafrechtlich streng zu ahnden. Tiertransporte sind artgerecht durchzuführen und auf ein Minimum zu begrenzen. Deshalb muß der Tierschutz auch in der baden-württembergischen Verfassung verankert werden.

Handlungsbedarf sieht die NPD in der konsequenten Eindämmung des Flächenverbrauchs, in der mischwaldorientierten Forstpolitik und in einem präventiven ökologischen Hochwasserschutz.

Der Kampf gegen die Zerstörung und Vergiftung von Natur und Umwelt ist unerläßliche Vorbedingung für den Schutz des Lebens. Die Menschen sind deshalb zu einer umweltfreundlichen und natürlichen Lebensführung zu bewegen. Die Umweltschutzgesetze sind strikt anzuwenden. Wo Anwohner betroffen sind, dürfen keine stark umweltbelastenden Industrieansiedlungen genehmigt werden. Ein harmonisches Nebeneinander von Land- und Forstwirtschaft zur Ernährungssicherung und Landschaftspflege mit mittelständischem Gewerbe und Fremdenverkehr in ländlichen Räumen muß angestrebt werden.

Das Problem der Müll-Altdeponien kann nur durch eine partnerschaftliche Kooperation von Kommunen, Landkreisen und Landtag gelöst werden, aber nicht auf Kosten der Bürger in den betreffenden Städten und Gemeinden.

Vernünftige Naturschutzpolitik bedeutet auch, daß Verkehrsführungen, Nahverkehr und Individualverkehr in einer Form beeinflußt werden, die dem umweltschonenderen Verkehrsmittel Vorrang einräumt. So werden einerseits Luft und Umgebung geschützt und andererseits unsere Städte und Gemeinden verkehrsberuhigt.

Wir wollen einer weiterführenden Flächenversiegelung entgegenwirken, indem neue Naturzonen geschaffen werden, hier beispielsweise neue Parkanlagen.

Der kriegerische Griff der Weltmächte nach den Öl- und Gasvorkommen der Erde und die Endlichkeit der Energieträger, sowie die mit ihr verbundenen Grenzen des Wachstums, zeigen die Wichtigkeit einer vorausschauenden Energiepolitik für die Zukunft des Staates.

Versorgungssicherheit, Umweltverträglich- und Wirtschaftlichkeit sind die wesentlichen Ziele einer nationalen Energiepolitik.

Das Land hat im Rahmen der Daseinsvorsorge vorrangig die Aufgabe, eine flächendeckende Versorgungsinfrastruktur und eine regional möglichst ausdifferenzierte dezentrale Erzeugerstruktur zu gewährleisten.

Heimische Energieträger und erneuerbare Energiegewinnung stellen das Fundament der Versorgungssicherheit dar. Da eine größtmögliche Energieunabhängigkeit ein wichtiger Beitrag zur Versorgungssicherheit ist, strebt die NPD eine möglichst breitgefächerte Bezugsquellenvielfalt sowie eine deutliche Ausweitung der Rohstoffbevorratung an.

Die Haushaltsmittel für die Forschung und Entwicklung moderner Energietechnologien sind aufzustocken.

Auf dem Gebiet der Erforschung und Weiterentwicklung alternativer, neuer Energien muß Baden-Württemberg seine Vorreiterrolle ausbauen. Das Land hat mit Blick auf eine nachatomare Energiepolitik nach maximaler Energieunabhängigkeit zu streben.

Die derzeitigen Restlaufzeiten für Atomkraftwerke sind dem aktuellen Stand der Wissenschaft entsprechend zu verkürzen!

Nationaldemokraten: Der Zukunft verpflichtet!



Handeln statt wegsehen – wählen statt kuschen!

**„Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus.
Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen,
haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand,
wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.“**

Grundgesetz, Artikel 20

www.jetzt-npd.info